

Niederschrift

**über die Sitzung am Dienstag, 16.05.2006
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)**

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Eckart Ballenthin 48703 Stadtlohn

Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling 46325 Borken
Herr Werner Bleker 46325 Borken
Herr Manfred Epping 48624 Schöppingen
Herr Gerhard Gleis-Preister 48599 Gronau
Herr Johannes Maus 46342 Velen
Herr Klaus Meyermann 46399 Bocholt
Frau Uta Röhrmann 46399 Bocholt
Herr Bernd Schlipsing 48691 Vreden
Herr Friedel Sebastian 46348 Raesfeld
Frau Silke Sommers 46399 Bocholt

beratende Mitglieder:

Herr Günter Dirks 46325 Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Dr. Hermann Paßlick
Herr Dr. Albert Groeneveld
Herr Heribert Volmering
Herr Richard Brocks
Herr Heiner Triphaus
Herr Norbert Wiemer

Erledigung der Tagesordnung:

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.
Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.
Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Ein weiteres von der Bonner Bundesnetzagentur bei der Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung in Auftrag gegebenes Gutachten liege jetzt vor. Das 207 Seiten umfassende Gutachten werde z.Zt. von der Bundesnetzagentur in einen lesbaren Bericht überarbeitet und dieser anschließend in geeigneter Form veröffentlicht. Nach ersten Verlautbarungen komme das Gutachten im Wesentlichen zu den gleichen Ergebnissen wie das von der RWE eingeholte Gutachten.

Beschluss: einstimmig

Der Geschäftsbericht 2005 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Controllingberichte der Fachbereiche 32 und 39 zum 30.04.2006
Vorlage: 0106/2006

Vorsitzender Ballenthin weist auf die als Tischvorlage ausgelegten Controllingberichte der Budgets 03 und 10 zum 30.04.2006 hin.

Ltd. KVetD Dr. Groeneveld resümiert den Bericht des Budgets 03 mit dem „Notfallbetrieb“ seit Anfang 2006, verursacht durch die vorbeugende Bekämpfung der Geflügelpest und die Bekämpfung der Schweinepest.

Zum Budget 10 stellt KOAR Volmering fest, dass die Haushaltsdaten im grünen Bereich liegen.

Beschluss: einstimmig

Die Controllingberichte zum 30.04.2006 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Punkt 3: Bericht über die Klassische Schweinepest im Kreis Borken

Berichterstatter: Ltd. KVetD Dr. Groeneveld

Ltd. KVetD Dr. Groeneveld berichtet chronologisch über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schweinepest im Kreis Borken und stellt im Ergebnis fest, dass es darauf ankomme, die Pest so schnell wie möglich in den Griff zu bekommen. Drastische Maßnahmen seien notwendig und effektiv zur Bekämpfung der Tierseuche. Er verweist auf die weitreichenden wirtschaftlichen Folgen einer lang andauernden Seuche für die Landwirte im Kreis Borken. Eine aktuelle Impfung sei für den Fleischmarkt nicht tragbar, da eine Vermarktung von geimpftem Fleisch nicht möglich sei. Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Ballenthin bedankt sich bei Ltd. KVetD Dr. Groneneveld für die umfangreichen Informationen sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die Leistungen im Zusammenhang mit der Seuchenbekämpfung und lobt die Presse für deren sachliche Berichterstattung.

Punkt 4: Errichtung einer kommunalen Härtefallkommission

Vorsitzender Ballenthin weist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer kommunalen Härtefallkommission (HFK) sowie auf die hierzu vorliegende Sachdarstellung der Verwaltung hin.

Ausschussmitglied Epping erläutert den Antrag und verweist auf die bereits in anderen Städten NRW's bestehenden kommunalen HFK'en. Er trägt vor, dass die beratende Funktion einer HFK im Vordergrund stehe und die Bedenken der Verwaltung nicht geteilt werden könnten. Ausschussmitglied Sommers erwidert, dass aufgrund rechtlicher Vorgaben eine kommunale HFK keinerlei Entscheidungsbefugnisse habe. Dazu ergänzt Ausschussmitglied Dirks, dass eine HFK auf Landesebene ausreiche und sachliche Gründe für die Ablehnung einer kommunalen HFK vorlägen. Aus rechtlicher Sicht warne er vor der Errichtung einer solchen Kommission, denn die Außenwirkung einer Entscheidung der kommunalen HFK, welche von der im abgeschlossenen Verfahren getroffenen Entscheidung abweiche, könne verhängnisvoll sein.

Ausschussmitglied Schlipfing bewertet die Arbeit einer kommunalen HFK als Fallberatung ohne Zielbeschreibung und erklärt, dass die Politik sich nicht über geltendes Recht hinwegsetzen dürfe und die beantragte Institution mit den Forderungen nach Bürokratieabbau nicht vereinbar sei.

Ausschussmitglied Röhrmann trägt vor, dass sie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstütze, da eine zwischengeschaltete Kommission zu einer Klimaverbesserung beitragen könne. Sie schlägt vor, eine andere Ausländerbehörde mit HFK um einen Erfahrungsbericht zu bitten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bleker erklärt Ltd. KRD Dr. Paßlick, dass es für eine kommunale HFK keine Ermessensspielräume gebe. Es handele sich bei der Ausführung des Ausländerrechtes um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung, welche der weiteren kommunalpolitischen Beratung entzogen sei. Auch in diesem menschlich sensiblen Bereich handele es sich um ein geordnetes Verfahren, welches von der Verwaltung vollzogen werden müsse. Ein neues Gremium suggeriere Hoffnungen bei den betroffenen Personen, die nicht berechtigt seien. KOAR Volmering ergänzt, dass die auf Landesebene institutionalisierte HFK in besonders gelagerten Härtefällen abweichend von den gesetzlich geregelten Bestimmungen ein Ersuchen an die Ausländerbehörde richten könne, für eine kommunale HFK aber kein Raum für eine Beteiligung im ausländerrechtlichen Verfahren oder sogar Empfehlungen gegeben sei. Er weist darauf hin, dass die ausländerrechtlichen Entscheidungen regelmäßig mehrfach gerichtlich überprüft und vor der Umsetzung abschließend entschieden würden.

Ausschussmitglied Maus erinnert an die Resolution zur „Altfallregelung“, welche durch Beschluss des Kreistages vom 04.05.2006 auf den Weg gebracht worden sei und erklärt, über diese Maßnahme hinaus sehe er keine Handlungsnotwendigkeit.

Ausschussmitglied Epping stellt den Antrag, vor Beschlussfassung zunächst Informationen über die Erfahrungen von Kommunen, welche eine HFK eingerichtet haben, einzuholen.

Beschluss:

4	Ja-Stimmen
7	Nein-Stimmen

Der Antrag des Ausschussmitgliedes Epping auf Anforderung von Erfahrungsberichten von Kommunen, welche eine HFK eingerichtet haben, wird abgelehnt.

**Punkt 4.1: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.05.2006
Vorlage: 0102/2006**

Vorsitzender Ballenthin lässt Beschluss fassen über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission.

Beschluss:

3	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 02.05.2006 auf Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission wird abgelehnt.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 6: Anfragen

Ausschussmitglied Bleker berichtet über Fahrzeuge zum Tiertransport, die im Zusammenhang mit der Schweinepest von niederländischen Behörden wegen Verletzung der Transportbedingungen beschlagnahmt worden seien. Nach seinen Informationen hätten die Niederländer darauf hingewiesen, dass der Kreis Borken für die Beschilderung (Warnhinweise) im Grenzbereich zuständig sei.

Ltd. KRD Dr. Paßlick berichtet, der Kreis Borken habe auf niederländischem Hoheitsgebiet keine Zuständigkeit. Der Kreis habe weder das Recht noch die Pflicht zur Aufstellung von Warnhinweisen und sei auch von niederländischer Seite in keiner Weise über deren Vorgehen informiert worden. Kommunikationsschwierigkeiten mit den Niederlanden habe man aber befürchtet, da wegen der dortigen Zuständigkeiten in Sachen Tierseuchen alles zentral über Den Haag laufe. Aus diesem Grunde sei für die Zukunft die Einrichtung einer Kommunikationsstelle angedacht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:10 Uhr.

Richard Brocks